

BFH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

- 1. Abgabenordnung: Inhaltsadressat eines Bescheids zur Feststellung verrechenbarer Verluste nach § 2a Abs. 3 EStG a. F.**
Urteil vom 03.08.2017, Az: IV R 7/14
- 2. Abgabenordnung: Reichweite eines Vorläufigkeitsvermerks bei Streit über Investitionsabzugsbetrag für Pkw**
Urteil vom 14.09.2017, Az: IV R 28/14
- 3. Abgabenordnung: Subsidiarität der Feststellungsklage bei Zweifeln an der örtlichen Zuständigkeit des Finanzamts**
Urteil vom 24.08.2017, Az: V R 11/17
- 4. Umsatzsteuer: Steuersatz für Leistungen einer Krankenhauscafeteria**
Urteil vom 03.08.2017, Az: V R 61/16
- 5. Einkommensteuer: Zurechnung von Kapitaleinkünften aus einem Auslandsdepot**
Urteil vom 09.05.2017, Az: VIII R 51/14
- 6. Beitrittsaufforderung an das BMF: Nachträgliche Anschaffungskosten bei Gesellschaftereinlagen "in letzter Minute"**
Beschluss vom 11.10.2017, Az: IX R 5/15
- 7. Einkünfte aus Gewerbebetrieb: Wiederholter Handel mit Vorratsgesellschaften keine private Vermögensverwaltung**
Urteil vom 27.06.2017, Az: IX R 3/17
- 8. Einkünfte aus Gewerbebetrieb: Feststellung der Gewinnerzielungsabsicht bei Liebhaberei**
Urteil vom 23.08.2017, Az: X R 27/16
- 9. Finanzgerichtsordnung: Anforderungen an den Inhalt einer Revisionsbegründung**
Beschluss vom 23.08.2017, Az: X R 9/15
- 10. Kindergeld: Fortbildung zur "Führungskraft Handel" nicht mehr Teil der Erstausbildung**
Beschluss vom 29.08.2017, Az: XI B 57/17
- 11. Finanzgerichtsordnung: Ablehnung von PKH bei Nichtbeantwortung von Fragen zum Vermögen**
Beschluss vom 21.09.2017, Az: XI S 3/17 (PKH)

Urteile und Beschlüsse:

1. Abgabenordnung: Inhaltsadressat eines Bescheids zur Feststellung verrechenbarer Verluste nach § 2a Abs. 3 EStG a. F.

Urteil vom 03.08.2017, Az: IV R 7/14

Inhaltsadressat eines Bescheids, mit dem im Rahmen der Feststellung der zum Verlustausgleich heranziehbaren Einkünfte i.S. des § 2a Abs. 3 EStG a.F. verrechenbare Verluste nach § 15a Abs. 4 EStG festgestellt werden, kann nur der Gesellschafter sein, dem die betreffenden Verluste zuzurechnen sind.

2. Abgabenordnung: Reichweite eines Vorläufigkeitsvermerks bei Streit über Investitionsabzugsbetrag für Pkw

Urteil vom 14.09.2017, Az: IV R 28/14

Für die Reichweite eines Vorläufigkeitsvermerks kommt es darauf an, wie der Adressat den materiellen Regelungsgehalt nach den ihm bekannten Umständen unter Berücksichtigung von Treu und Glauben verstehen konnte.

3. Abgabenordnung: Subsidiarität der Feststellungsklage bei Zweifeln an der örtlichen Zuständigkeit des Finanzamts

Urteil vom 24.08.2017, Az: V R 11/17

Die in § 127 AO vorgesehene Anfechtungsbeschränkung kann nicht umgangen werden, indem wegen Verfahrensfehlern i.S. des § 127 AO, die nicht zur Aufhebung des Bescheides führen, eine Feststellungsklage erhoben wird.

4. Umsatzsteuer: Steuersatz für Leistungen einer Krankenhauscafeteria

Urteil vom 03.08.2017, Az: V R 61/16

Die Bereitstellung von Mobiliar ist bei der Prüfung des anzuwendenden Steuersatzes nicht als Dienstleistungselement zu berücksichtigen, wenn es nicht ausschließlich dazu bestimmt ist, den Verzehr von Lebensmitteln zu erleichtern, sondern möblierte Bereiche zugleich z.B. auch als Warteraum und Treffpunkt dienen.

5. Einkommensteuer: Zurechnung von Kapitaleinkünften aus einem Auslandsdepot

Urteil vom 09.05.2017, Az: VIII R 51/14

1. Allein der Umstand, in der Vergangenheit über ein ausländisches Wertpapierdepot verfügt zu haben, reicht im Fall der Auflösung dieses Depots auch unter Berücksichtigung eines verminderten Beweismaßes wegen Verletzung der Mitwirkungspflichten nicht aus, dem Steuerpflichtigen den entsprechenden Kapitalstamm in den Folgejahren unverändert als Grundlage der Erzielung von Einkünften aus Kapitalvermögen zuzurechnen.

2. Die objektiven und subjektiven Voraussetzungen einer Steuerhinterziehung gemäß §§ 169 Abs. 2 Satz 2, 370 AO sind dem Grunde nach auch bei der Verletzung von Mitwirkungspflichten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit festzustellen. Ein reduziertes Beweismaß ist nicht zulässig. Dies gilt auch für die Verletzung der erweiterten Mitwirkungspflichten bei Auslandssachverhalten gemäß § 90 Abs. 2 AO (Anschluss an Senatsurteil vom 7. November 2006 VIII R 81/04, BFHE 215, 66, BStBl II 2007, 364).

6. Beitrittsaufforderung an das BMF: Nachträgliche Anschaffungskosten bei Gesellschaftereinlagen "in letzter Minute"

Beschluss vom 11.10.2017, Az.: IX R 5/15

Das BMF wird aufgefordert, dem Verfahren beizutreten, um zu der Frage Stellung zu nehmen, ob Zuzahlungen, die der Gesellschafter in das Eigenkapital leistet und die bei der Kapitalgesellschaft als Kapitalrücklage auszuweisen sind (§ 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB), bei diesem in jedem Fall und zu jedem denkbaren Zeitpunkt zu —nachträglichen— Anschaffungskosten i.S. des § 255 Abs. 1 Satz 1 und 2 HGB führen und mithin im Rahmen der Gewinnermittlung nach § 17 Abs. 2 Satz 1 EStG zu berücksichtigen sind und ob solche Zuzahlungen einen Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts (§ 42 AO) darstellen könnten.

7. Einkünfte aus Gewerbebetrieb: Wiederholter Handel mit Vorratsgesellschaften keine private Vermögensverwaltung

Urteil vom 27.06.2017, Az.: IX R 3/17

Die wiederholte Gründung und Veräußerung von sog. Vorratsgesellschaften —hier: Gründung und Veräußerung von insgesamt 40 GmbHs— überschreitet die Grenzen der privaten Vermögensverwaltung.

8. Einkünfte aus Gewerbebetrieb: Feststellung der Gewinnerzielungsabsicht bei Liebhaberei

Urteil vom 23.08.2017, Az.: X R 27/16

1. Die Feststellung der Gewinnerzielungsabsicht ist im Wesentlichen eine Frage der Tatsachenwürdigung.
2. Bei verschiedenen, wirtschaftlich eigenständigen Betätigungen ist die Gewinnerzielungsabsicht im Wege der Segmentierung gesondert für die jeweilige Betätigung zu prüfen.
3. Im Hobbybereich erlaubt eine objektiv negative Gewinnprognose einen, wenn auch widerlegbaren, Schluss auf das Fehlen der Gewinnerzielungsabsicht.
4. Außerhalb des Hobbybereichs bedarf es zusätzlicher Anhaltspunkte dafür, dass die Verluste aus persönlichen Gründen oder Neigungen hingenommen werden. An deren Feststellung sind keine hohen Anforderungen zu stellen; die Feststellung ist aber nicht

gänzlich entbehrlich.

9. Finanzgerichtsordnung: Anforderungen an den Inhalt einer Revisionsbegründung

Beschluss vom 23.08.2017, Az.: X R 9/15

Eine zulässige Revisionsbegründung setzt eine zumindest kurze Auseinandersetzung mit den Gründen des angefochtenen Urteils voraus. Diese muss erkennen lassen, dass der Revisionskläger die Begründung des FG-Urteils und sein eigenes Vorbringen überprüft hat.

10. Kindergeld: Fortbildung zur "Führungskraft Handel" nicht mehr Teil der Erstausbildung

Beschluss vom 29.08.2017, Az.: XI B 57/17

Eine Fortbildung zur "Führungskraft Handel" ist nicht mehr Teil einer einheitlichen Erstausbildung, wenn zwischen dem angeblichen vorherigen Ausbildungsabschnitt und der Fortbildung ein Zeitraum von zwei Jahren liegt.

11. Finanzgerichtsordnung: Ablehnung von PKH bei Nichtbeantwortung von Fragen zum Vermögen

Beschluss vom 21.09.2017, Az.: XI S 3/17 (PKH)

Beantwortet der Antragsteller Fragen des Gerichts zu seinem Vermögen derart unvollständig, dass nicht beurteilt werden kann, ob er über einzusetzendes Vermögen verfügt oder eine Beleihung des Vermögens möglich ist, ist der Antrag auf Gewährung von PKH abzulehnen.